

Flavio Gisler  
Landrat  
Baumgärtli 6  
6467 Schattdorf



## Interpellation zur künftigen Unterstützung von schwachen Gemeinden

### Ausgangslage und Begründung

---

Der Abstimmungssonntag ist vorbei und wie immer gilt es für Landrat und Regierungsrat den Volkswillen umzusetzen. Die Verfassungsänderung wurde angenommen, das Gemeindefusionsgesetz abgelehnt. Wenn man die Diskussionen mitverfolgt hat, wurde einem eines klar: Das Volk hat ein klares Zeichen gesetzt, dass ein Fusionsgesetz verbunden mit Vorschriften des Kantons sicher nicht erwünscht ist. **Die Fusionsrayons haben unnötige Grossgemeinden aufgezeigt, Ängste geschürt und unrealistische Fusionspläne beinhaltet.** Deshalb wollte ein Grossteil der CVP-Fraktion mit Teilen der FDP- und der SVP-Fraktion die Rayons bereits vor der Volksabstimmung im Landrat herausstreichen. Der Abstimmungssonntag hat gezeigt, dass dies wohl die richtige Lösung gewesen wäre. Der Volkswille mit dem Ja zur Verfassungsänderung und dem Nein zur Gesetzesvorlage hat klar gezeigt, dass **die Bevölkerung den Gemeinden Fusionen ermöglichen möchte, sich dabei aber vom Kanton nichts vorschreiben lassen will.**

Dass schlussendlich die Verfassungsänderung angenommen werden könnte und die Gesetzesvorlage gleichzeitig scheitern, wurde von unserer Seite mehrmals betont. Glauben wollten das aber leider nur die wenigsten. Fusionen sind nun möglich, gleichzeitig sind aber keine Anreize da, die auch die schwächeren Gemeinden im Fall einer erwünschten Fusion unterstützen würden. **Es besteht nun die Gefahr, dass stärkere Gemeinden fusionieren, die schwächeren Gemeinden dabei aber auf der Strecke bleiben.** Es stellt sich die Frage, wie der Kanton mit diesem Umstand umgehen will. Durch den am letzten Sonntag angenommenen neuen Art. 67 Abs. 2 der Kantonsverfassung hat der Kanton nun den Auftrag, Näheres zum Zusammenschluss von Gemeinden in einem Gesetz zu regeln.

Weiter ist aus dem Abstimmungsergebnis aber auch ersichtlich, **dass gerade für die Bevölkerung von einigen kleinen und schwächeren Gemeinden eine Fusion gar nicht in Frage kommt**, da sie nicht nur die Gesetzesänderung, sondern auch die Verfassungsänderung abgelehnt haben. Auch das ist zu akzeptieren und es stellt sich auch hier die Frage, wie der Kanton in Zukunft damit umgehen will.

Ich denke, es ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, zu erfahren, welche Schlüsse der Regierungsrat aus der Abstimmung über die Gemeindestrukturreform zieht und wie er mit den neuen Erkenntnissen umgehen will.

## Antrag

---

Gestützt auf Art. 128 der Geschäftsordnung des Landrats bitte ich den Regierungsrat zu folgenden Fragen um Auskunft:

1. Ist der Regierungsrat bereit, eine Vorlage auszuarbeiten, die einerseits dafür sorgt, dass bei allfälligen Fusionen die schwächeren Gemeinden nicht auf der Strecke bleiben und andererseits aber kein Rayon oder anderweitig zukünftige Grossgemeinden vorsieht?
2. Hat der Regierungsrat eine Strategie, wie in Zukunft mit Gemeinden umgegangen werden soll, die grosse finanzielle Probleme haben oder ihre Ämter nicht mehr besetzen können?  
Falls ja, wie sieht diese aus?

Ich danke dem Regierungsrat auch im Namen des Zweitunterzeichners bereits jetzt für die Beantwortung der Fragen.

Schattdorf, 24. September 2013

Erstunterzeichner



Flavio Gisler, Schattdorf

Zweitunterzeichner



Hugo Forte, Spiringen